

Antrag
Fraktion der AfD
Beendigung der Kooperation mit DITIB
– Drucks. 20/131 –

Rede Rolf Kahnt am 28. Februar 2019:

<https://www.youtube.com/watch?v=PvBNmv0HMBg&t=37s>

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Mit unserem Antrag möchten wir die Landesregierung auffordern, die Kooperation mit der islamischen Religionsgemeinschaft DITIB im Rahmen des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts mit Ablauf des Schuljahres 2018/2019 zu beenden.

DITIB als die größte islamische Religionsgemeinschaft in Deutschland ist ein türkischer Moscheeverband. DITIB unterrichtet in Hessen nur den sunnitischen, in der Türkei vertretenen Islam – mitsamt der dort besonders ausgeprägten reaktionären Auslegung des sunnitischen Islams.

Der Verband DITIB wird von deutschen Sicherheitsbehörden äußerst kritisch gesehen. DITIB steht der türkischen Regierungspartei AKP nahe und hat in der Vergangenheit auf Geheiß der türkischen Regierung an der Bespitzelung und Denunzierung von in Deutschland lebenden oppositionellen Türken mitgewirkt.

Dass der Einfluss des türkischen Staatschefs Erdogan weitreichend ist, zeigt sich in den Moscheen in Deutschland. Dort wird vielfach türkische Politik betrieben. DITIB ist in den vergangenen Jahren öfter zum Sprachrohr des türkischen Präsidenten in Deutschland geworden. Das beklagt unter anderem Susanne Schröter, die Leiterin des Forschungszentrums Globaler Islam an der Universität Frankfurt.

Frau Schröter weist in diesem Zusammenhang darauf hin – ich zitiere –: Die DITIB hat sich unter Erdogan ganz stark zu einem Instrument, zu einem politischen Instrument der türkischen Regierung entwickelt. Diese Qualität habe die DITIB eigentlich schon immer gehabt, aber man habe das nicht in dieser Weise genutzt, in der es jetzt Staatspräsident Erdogan tut.

In der 4. Plenarsitzung dieses Hohen Hauses, am 7. Februar, konnten wir den Redebeiträgen der Mitglieder der CDU- und der FDP-Fraktion sowie dem Beitrag von Frau Staatsministerin Puttrich zum Hafturteil gegen die hessische Friedenspreisträgerin deutlich entnehmen, wie es um die politischen Verhältnisse in der Türkei steht. Ich zitiere aus dem Beitrag des Kollegen Dr. Hahn: Die Türkei im Jahr 2010 und die Türkei im Jahr 2019 sind zwei total verschiedene Paar Schuhe. ... Ein Rechtsstaat ist das wirklich nicht. Herr Kollege Utter sagte: Doch leider hat sich die Situation der Menschenrechte in der Türkei seit dem Putschversuch ... rasant verschlechtert. Frau Staatsministerin Puttrich äußerte: Wer sich kritisch gegenüber dem Staatspräsidenten und seiner Politik äußert, muss damit rechnen, unter dem fadenscheinigen Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verhaftet und angeklagt zu werden.

Jenseits der hessischen Grenzen gibt es noch härtere Kritik. Cem Özdemir, türkischstämmiger grüner Politiker, lässt auch kein gutes Haar an der DITIB. Er sagte über den Dachverband, DITIB gehöre im gegenwärtigen Zustand nicht zu Deutschland.

Zu Beginn des Jahres 2018 gab es Hinweise auf die Verbreitung von Kriegspropaganda sowie darauf, dass die türkische Armee bei ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien durch hessische DITIB-Gemeinden, z. B. in Gelnhausen und in Dietzenbach, öffentlich unterstützt wurde. Zudem ließ man bei einer DITIB-Gedenkveranstaltung im April 2018 in Baden-Baden Kinder Krieg spielen und den Märtyrertod preisen. Da es hierbei zu verfassungsfeindlichen nationalistisch-religiösen Äußerungen und Aktivitäten gekommen sein soll, ist DITIB inzwischen ins Visier des Bundesverfassungsschutzes geraten. Bereits im vergangenen Jahr ist gegen Mitarbeiter DITIBs wegen Spionage ermittelt worden.

Meine Damen und Herren, sind wir mit DITIB in der richtigen Gesellschaft? DITIB Hessen untersteht als Gliedverband DITIB der Bundeszentrale in Köln. Diese wiederum untersteht dem Amt für religiöse Angelegenheiten der Türkei, Diyanet. Diyanet ist dem Staatspräsidenten angegliedert und untersteht somit direkt Staatspräsident Erdogan.

Obwohl DITIB nach deutschem Vereinsrecht autonom ist, haben dort Repräsentanten der Türkei das Sagen. Ein Blick in die Satzung zeigt, Diyanet-Funktionäre haben in allen wichtigen Gremien eine erschlagende Präsenz und damit Entscheidungsgewalt. Neben die ideologische Abhängigkeit DITIBs tritt die finanzielle Abhängigkeit vom Staatspräsidenten Erdogan.

Auch die erneute Satzungsänderung von DITIB Hessen im November 2018, wonach die Bundeszentrale künftig weder ein Mitspracherecht bei der Besetzung des Landesvorstands habe noch einen Landeskoordinator entsenden werde, überzeugt einen nicht davon, dass sich DITIB Hessen künftig dem politischen Einfluss der türkischen Regierung über Diyanet entziehen kann.

Die Satzungsänderung und die Mitgliederverzeichnisse veranlassten übrigens die Landesregierung Ende 2016, drei Wissenschaftler mit der Überprüfung unter anderem des Einflusses von Diyanet zu beauftragen. Die Landesregierung kündigte eine Beendigung der Kooperation mit DITIB an, sollte sich herausstellen, dass es einen solchen Einfluss gibt. Bisher ist es jedoch bei Absichtserklärungen der Landesregierung geblieben.

Einer der Gutachter betont, dass eine Religionsgemeinschaft, die Religionsunterricht an staatlichen Schulen erteilt, grundrechtsfähig sein müsse. Eben diese Voraussetzung sei bei DITIB jedoch prekär.

DITIB als Organ der politischen Einflussnahme der türkischen Regierung auf die in Deutschland lebenden Türken ist ein negatives Beispiel für die Grundrechtsfähigkeit wie auch für die Verwobenheit von Religion und Politik, mithin für den politischen Islam. Auf diese Verflechtungen wollen wir hinweisen, schon allein deswegen, weil die DITIB die Lehrbefugnis für ihre Lehre im Rahmen der Kooperation mit dem Land Hessen erteilt und ein Mitspracherecht bei den Lehrplänen hat. Wir fordern die Landesregierung daher auf, die Kooperation mit DITIB spätestens mit Ablauf des Schuljahres 2018/2019 zu beenden.

Kurios ist, dass Herr Kultusminister Lorz aus der Kritik an DITIB noch nicht die richtigen Schlüsse zieht. Zwar ließ er verlautbaren, er hege deutliche Zweifel an der grundsätzlichen Einigung, doch Konsequenzen gibt es nicht. Die Junge Union ist darin bereits viel weiter. Sie stellte schon im Jahr 2018 einen Antrag auf Einstellung der Kooperation mit DITIB.

Andere Bundesländer machen es auch besser. In Nordrhein- Westfalen sind weite Teile der Zusammenarbeit mit DITIB beendet worden. In Niedersachsen gibt es Warnsignale gegenüber DITIB. Dort wurde z. B. der Vertrag mit DITIB-Imamen in Gefängnissen gekündigt. Zudem gibt es Probleme mit DITIB beim islamischen Religionsunterricht, bei dem Niedersachsen auf das Beiratsmodell setzt. Dort wurde ein neues Curriculum nicht verabschiedet, weil sich Islamvertreter daran stören, wie die Frage der Homosexualität im Unterricht behandelt werden soll. Islamverbände wie DITIB zeigen sich in dieser Frage starrsinnig, was mindestens die Folge haben müsste, dass die Besetzung der Beiräte verändert werden müsste. Doch DITIBs Landesvorsitzender droht bereits, die Arbeit DITIBs in Niedersachsen würde so oder so fortgesetzt, ob mit Regierung oder ohne. Man reibt sich die Augen. Kooperation kann man das wirklich nicht nennen.

Auch in Baden-Württemberg gibt es Probleme mit DITIB. Dort will sich DITIB nicht an dem künftig über eine Stiftung organisierten islamischen Religionsunterricht beteiligen. Weil das Modellprojekt nicht fortgeführt werden konnte, gründet das Land nun eine Stiftung. Eigentlich wollte Ministerpräsident Kretschmann die vier großen Islamverbände für das Stiftungsmodell gewinnen. DITIB hat sich dem jedoch verschlossen. In Hessen stößt ein Stiftungsmodell gleichfalls auf Ablehnung durch DITIB.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine seriöse Kooperation sieht in der Tat anders aus.

Auch in Rheinland-Pfalz tut man sich schwer, eine dauerhaft tragfähige Lösung mit DITIB zu finden. DITIB gilt wegen seiner Abhängigkeit von Ankara als kaum noch akzeptabel.

Als Fazit ist festzuhalten: Keine Partei, kein demokratischer Politiker, kein Ministerium und keine Schule sollte sich dafür hergeben, die Ideologie DITIBs zu unterstützen, gar mit öffentlichen Geldern zu fördern, und als Kooperationspartner scheidet sie für uns in Hessen aus.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.